

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3113

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3113](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3113)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Discours de Mattea Meyer, conseillère nationale (ZH) co-présidente du PS Suisse  
Rede von Mattea Meyer, Nationalrätin (ZH) und Co-Präsidentin der SP Schweiz

*Seules les paroles prononcées font foi.  
Es gilt das gesprochene Wort.*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, Chères et chers camarades, Care compagne, care compagni

Vor bald einem Jahr ging die Schweiz in den «Lockdown». Ich begann an diesem Tag auf Facebook ein Corona-Tagebuch und schrieb als ersten Eintrag: «Wir, meine kleine Tochter und ich, sind mit dem Piratenschiff (einem umgebauten Kinderbett) um die Welt gesegelt. Wohin uns alle diese Reise führen wird? Das weiss wohl niemand. Aber wir gehen sie gemeinsam.»

Seit diesem Eintrag sind elf Monate vergangen. Es war und ist immer noch eine beschwerliche Reise. Selbst die kleinsten Verbesserungen mussten wir hartnäckig erkämpfen – sei dies der 100 prozentige Lohnersatz für Menschen mit tiefen Löhnen, die Erweiterung der Kurzarbeit auf temporär Beschäftigte, das Einhalten des Arbeitsschutzes in den Spitälern, die Erwerbsersatzentschädigung für Selbstständige oder die Verlängerung der Arbeitslosengelder. Immer wieder wollte eine bürgerliche Mehrheit im Parlament und Bundesrat die Dramatik der Situation nicht erkennen. Damit haben sie die betroffenen Menschen wiederholt und teilweise über Monate im Ungewissen gelassen. Nur auf viel öffentlichen Druck waren die Bürgerlichen im September bereit, wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Im Dezember, mitten in der zweiten Welle, taten sie alles, um die längst überfälligen gesundheitlichen Massnahmen hinauszuzögern und zu stoppen. Wider jegliche wissenschaftliche Vernunft, wider jeglichen Rat von Ökonominen und Ökonomen, wider jegliche Appelle aus den Branchen, wider allen Warnsignalen aus den Spitälern.

Seit Beginn der Pandemie ignorieren die Bürgerlichen die wissenschaftlichen Fakten ebenso wie die Hilferufe von Betroffenen. Das ist fahrlässig, gefährlich und verhindert, dass wir Probleme rechtzeitig lösen können.

Doch diese Ignoranz gegenüber Fakten und gegenüber Menschen mit weniger Macht ist nicht neu und verwundert kaum. Sie beschränkt sich nicht auf die Zeit der Corona-Pandemie.

Mit dieser Ignoranz gegenüber Fakten haben Klimawissenschaftler\*innen seit je zu kämpfen, wenn sie eindringlich, aber ungehört vor der Klimakrise warnen. Diese Ignoranz kennen Menschen mit Beeinträchtigung, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen; People of Color, wenn sie für sich Respekt einfordern; Menschen ohne Schweizer Pass, wenn sie Mitsprache verlangen; Armutsbetroffene, wenn sie von Zukunftsängsten erdrückt werden. Die Mehrheit hört nicht zu oder redet die Bedenken klein.

Und diese Ignoranz ist nicht zuletzt uns Frauen allzu vertraut. Es ist noch nicht lange her, da zählte die Stimme der Frau nicht. Meine Grossmutter war 44 Jahre alt, als sie zum ersten Mal abstimmen durfte. Als sich meine Eltern kennenlernten, wurde die Gleichstellung in der Verfassung verankert. Ich ging in den Kindergarten, als Vergewaltigung in der Ehe strafbar wurde. Ich war 14, als Schwangerschaftsabbruch legal wurde. Und ich war volljährig, als die Mutterschaftsversicherung eingeführt wurde.

*Chers et chères camarades, l'ignorance de la droite n'est pas due à la bêtise. Car cette folie a ses méthodes. La raison de cette ignorance ciblée de la part des politiciens bourgeois est leurs propres privilèges. Ce sont les amis de la droite qui ont encaissé des millions grâce à des ventes de masques durant la crise du coronavirus, et qui, pendant des décennies, ont gagné des milliards avec le commerce du pétrole, au détriment du climat – sans se préoccuper des dommages collatéraux. Ce sont leurs privilèges qu'ils ne veulent pas partager avec nous, les femmes, et certainement pas avec les étrangères et étrangers qui vivent et travaillent en Suisse. La politique de la droite en exclut beaucoup pour que quelques-uns puissent en profiter d'autant plus.*

*Si je peux me tenir ici aujourd'hui, c'est grâce à des femmes et des hommes courageux qui n'ont pas laissé l'ignorance, le mépris et le dédain les arrêter. C'est exactement ce que nous faisons chaque jour – nous nous battons pour une bonne vie pour toutes et tous.*

*Cinquante ans après l'introduction du suffrage féminin, il est enfin temps d'étendre notre démocratie, de permettre à 1,5 million de personnes sans passeport suisse de participer au processus décisionnel et de leur garantir un accès complet à nos œuvres sociales. Celles et ceux qui vivent ici ont leur place ici. Celles et ceux qui vivent ici méritent les mêmes droits que les autres.*

*Après de nombreux extrêmes climatiques, des chutes de pierres, des inondations et des tempêtes, la Suisse ne peut plus ignorer les signaux d'alarme et doit enfin apporter une contribution efficace à la lutte contre la crise climatique. En juin, avec la loi sur le CO<sub>2</sub>, nous pouvons faire un premier pas important dans la bonne direction.*

Liebe Genossinnen und Genossen, wir warten nicht nochmals 50 Jahre, bis Gleichstellung Realität wird. Mit der Reform der Altersvorsorge, der Pflege-Initiative und der Revision des Sexualstrafrechts haben wir in diesem Jahr gleich drei Vorlagen, in denen das Parlament beweisen kann, ob es die Frauenstreik-Bewegung ignoriert oder endlich ernst nimmt. Eines ist klar: Wir sind gekommen, um zu bleiben. Wir wollen mehr Zeit, Respekt und Lohn für Sorge- und Pflegearbeit, ein Ende der Gewalt an Frauen, wir wollen die Hälfte des Kuchens.

Wenn ich sage, wir kämpfen für ein gutes Leben für alle, dann macht dieses «alle» nicht Halt vor der Landesgrenze. Der Impfnationalismus, der ausgebrochen ist, widert mich an. Um die Corona-Pandemie zu bekämpfen, müssen wir jetzt alles tun, damit möglichst rasch möglichst viele Menschen geimpft werden können, hier wie anderswo. Dafür soll der Patentschutz vorübergehend aufgehoben werden, wie das über 100 Länder fordern. Doch anstatt eine solch zielgerichtete Lösung mitzutragen, versuchen SVP und FDP, mit haltlosen Angriffen gegen unseren Gesundheitsminister Alain Berset zu punkten. Das mag ihnen aus den eigenen Reihen Applaus bringen, geholfen ist damit aber niemandem.

Was es jetzt braucht, ist eine wirtschaftliche Entschädigung, die bei den Betroffenen auch wirklich ankommt. Die Hürden sind immer noch viel zu hoch. Es braucht unbürokratische Unterstützung für Armutsbetroffene, damit nicht weiterhin Menschen zwischen die Maschen fallen. Es braucht eine Jugendzukunftsgarantie, damit nicht tausende Jugendliche ohne Perspektive dastehen. Und wir brauchen eine Gesundheitsversorgung, die für die Menschen da ist und nicht den Profit.

Es bleibt viel zu tun. Wir wollen nicht zurück in die Normalität, sondern vorwärts in eine Zukunft, die für uns alle, auch zukünftige Generationen, lebenswert ist.

Wohin uns diese Reise führen wird? Das wissen wir noch nicht. Letzte Woche gab meine kleine Tochter während dem Abendessen immerhin eine hoffnungsvolle Antwort, als sie ziemlich bestimmt sagte: «Nach Corona kommt der Frühling.»